Nie wieder Sozialismus

Wahlaufruf und Sofortprogramm der Allianz für Deutschland zur Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990

Für die meisten unserer Bürger ist die Volkskammerwahl am 18. März die erste wirklich freie und demokratische Wahl ihres Lebens. Deshalb ist diese Wahl für die Menschen in der DDR ein zutiefst bewegender Augenblick. Vor allem aber ist der 18. März ein Tag von historischer Bedeutung für die weitere Zukunft unseres Landes. Er kann der Wendepunkt werden, der die Schrecken der Vergangenheit endgültig bannt und unserem Land eine neue und glücklichere Zukunft eröffnet.

Die Erblast des Sozialismus lastet schwer auf unserem Land und auf den Menschen. Fassungslos sehen wir jetzt von Tag zu Tag deutlicher das ganze Ausmaß des Versagens des Sozialismus. Die DDR, die wie die Bundesrepublik Deutschland eines der wohlhabendsten Länder Europas sein könnte, steht trotz der harten Arbeit unserer Bevölkerung vor dem Bankrott.

Der Sozialismus hinterläßt auch eine moralische Erblast. Ideale wurden verraten, Hoffnungen betrogen, Menschen um den Lohn ihrer Arbeit und um Lebenschancen betrogen. Mit der Freiheit wurde auch die Wahrheit unterdrückt. Jahrelange Bevormundung und Bespitzelung haben in unserem Land eine Atmosphäre der Angst und Hoffnungslosigkeit verbreitet, Lebensfreude unterdrückt und ein Klima der Unwahrhaftigkeit geschaffen. Unsere Bürger wurden zu Gefangenen im eigenen Land.

Unser Land muß gesunden: politisch, wirtschaftlich und moralisch. Unser Land braucht einen neuen Anfang, eine ehrliche Politik und kompetente glaubwürdige Politiker. Deshalb haben sich der Demokratische Aufbruch, die Deutsche Soziale Union und die Christlich Demokratische Union in der DDR zu einer Allianz für Deutschland zusammengeschlossen.

Am 18. März 1990 muß Schluß sein mit dem Sozialismus. Die Menschen in unserem Land haben einen Anspruch darauf, daß ihre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft nicht wieder durch neue sozialistische Experimente durch die Hintertür betrogen werden.

Deshalb sagt die Allianz eindeutig Ja zur Deutschen Einheit und zur Sozialen Marktwirtschaft:

- Zur politischen Einheit gibt es keine vernünftige Alternative. Wir sind ein Volk und gehören zusammen. Wir wollen mit unseren Landsleuten in einem Land zusammenleben und gemeinsam *mit ihnen am Aufbau eines* europäischen Hauses mitarbeiten. Deshalb tritt die Allianz für Deutschland ohne Wenn und Aber für die Deutsche Einheit ein.
- Die wirtschaftliche Lage der DDR spitzt sich dramatisch zu. Deshalb will die Allianz eine sofortige Wirtschaftsreform mit dem Ziel der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Allianz für Deutschland verspricht keine Zukunft ohne Anstrengung. Wir haben einen steinigen Weg vor uns, bis die Erblast des Sozialismus beseitigt ist. Aber gemeinsam mit unseren leistungsbereiten und selbstbewußten Bürgern können wir es schaffen.

Nicht alle Fehlentwicklun*gen, die in 40 Jahren staat*licher Mißwirtschaft entstanden sind, können sofort beseitigt werden. Der politische und wirtschaftliche Neuanfang und der soziale Umbau müssen konsequent, aber auch mit Augenmaß erfolgen. Wir wollen Fehler vermeiden, die möglicherweise nur mit hohen Folgekosten wieder beseitigt werden können. Unser Ziel ist es, Neues zu schaffen und Bewährtes zu erhalten.

In dieser Situation ist es gut, daß die Allianz für Deutschland in der CDU/CSU der Bundesrepublik Deutschland und in Bundeskanzler Helmut Kohl verläßliche Partner hat.

Gemeinsam mit ihnen werden wir ein politisches, wirtschaftliches und soziales Sofortprogramm verwirklichen, das zu einer schnellen wirtschaftlichen Erholung der DDR führt und die Wirtschaftsreform sozial flankiert:
Rentner, Sparer, Arbeitslose und Mieter können unseres besonderen Schutzes sicher sein.

Die wichtigsten Maßnahmen dieses Sofortprogramms:

1. Wir streben die Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Grundgesetzes an.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den 40 Jahren seines Bestehens bewährt. Es ist weltweit als vorbildliche demokratische Verfassung anerkannt und war die Grundlage der friedlichsten und freiheitlichsten politischen Ordnung, die es je auf deutschem Boden gab.

Sie soll auch für die Menschen in der DDR Wirklichkeit werden. Dazu gehören insbesondere bindende Grund- und Menschenrechte, die Wiederherstellung der Länder und ihrer Rechte sowie die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung.

Übergangsregelungen müssen die besondere Situation der DDR berücksichtigen und ihrer Realität angepasst sein.

2. Wir treten für die sofortige Einführung der D-Mark ein, damit unsere Bürger endlich gutes Geld und gute Waren für ihre Arbeit bekommen. Eine stabile Währung ist die grundlegende Voraussetzung für die Leistungsbereitschaft unserer Arbeitnehmer, für Investitionen und neue Arbeitsplätze. Unser Ziel ist die Währungsunion mit der Bundesrepublik Deutschland und eine unabhängige Notenbank.



Freiheit und Wohlstand

ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND

DA DSU CDU

So wählen Sie

Zum erstenmal wählen Sie frei und geheim eine Volksvertretung, die beginnen wird, die Demokratie in unserem Land aufzubauen. Um zu gewährleisten, daß künftig der Sozialismus keine Chance mehr haben wird, müssen Sie eine der drei Parteien der Allianz für Deutschland wählen. Dazu sollten Sie bitte folgendes beachten:

- **Sie haben nur eine Stimme!** Jedes weitere Kreuz auf dem Stimmzettel macht Ihre Wahl ungültig.
- Sie müssen sich entscheiden, welcher der drei Parteien Sie Ihre eine Stimme geben wollen: DA, DSU oder CDU.
- Wenn Sie sich entschieden haben, machen Sie Ihr Kreuz hinter dem Namen dieser Partei Ihrer Wahl. Sie können sicher sein, daß Sie damit die Kraft der Allianz für Deutschland gestärkt haben. Jede Stimme zählt!
- Verzichten Sie grundsätzlich auf jede weitere Anmerkung auf dem Stimmzettel. Das macht ihn ungültig.
- Lassen Sie sich nicht durch Einflüsterungen oder Drohungen beeinflussen. Sie haben sich das Recht auf freie, geheime und unabhängige Wahl erkämpft, und niemand kann Ihnen dieses Recht nehmen oder Sie deswegen unter Druck setzen.
- Gehen Sie ohne Furcht zur Wahl. In der Wahlkabine, die Sie benutzen müssen, sind Sie ganz allein und unbeobachtet.
- Seien Sie sich des historischen Moments in der Geschichte unseres Vaterlandes bewußt. Die Augen der Welt blicken an diesem Tag auf Deutschland, auch auf Sie und Ihre Entscheidung.

Wählen Sie eine Partei der Allianz für Deutschland

Wir streben eine Sicherung der Sparguthaben im Verhältnis 1 zu 1 an. Die Ersparnisse müssen gesichert sein, damit die Arbeit von gestern nicht umsonst war.

3. Wir setzen auf Privateigentum und uneingeschränkte Gewerbefreiheit. Mit einem Förderungsprogramm und deutlichen steuerlichen Entlastungen wollen wir Selbständige besonders fördern und eine Gründerwelle für Klein- und Mittelbetriebe in Gang setzen.

Die Staatsunternehmen müssen entflochten und Zug um Zug in Privathand überführt werden. Die Privatisierung des Volksvermögens in der DDR muß mit der Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an diesen Unternehmen gekoppelt werden. Wir wollen eine breite Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Wir werden eine Mietgesetzgebung einleiten, die den bisher bestehenden Mieter- und Kündigungsschutz beibehält und sozialverträgliche Mieten vorsieht.

Bei der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse darf nicht über die in 40 Jahren entstandenen Eigentumsrechte hinweggegangen werden. Man kann nicht altes Unrecht durch ein neues Unrecht wieder gutmachen.

4. Es darf keinerlei Zugangshindernisse für Investoren aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland geben. Die entsprechenden Regelungen des Europäischen Binnenmarktes sollen auch in der DDR gelten. Dazu gehören unter anderem der Eigentumsschutz, die ungehinderte Rückzahlbarkeit von Krediten und der Wettbewerbsschutz. Dadurch sollen Investitionen schnell in die DDR kommen. Beiteiligungsquoten für die Gründung von Gesellschaften gibt es nicht.

5. Ebenfalls mit Hilfe der Bundesrepublik werden wir den Aufbau einer Arbeitslosenversicherung sowie ein umfangreiches Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramm in Angriff nehmen.

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz wird in einem Betriebsverfassungsgesetz gesichert. Dazu gehört auch die Tarifautonomie. Ab sofort sind freie und unabhängige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der DDR zugelassen.

6. In gemeinsamer Verantwortung wollen wir ein soziales Sicherungsnetz aufbauen, das soziale Ungleichheiten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR abbaut.

Dazu gehören der Aufbau einer gesetzlichen Krankenversicherung ebenso wie eine kurzfristige Vereinbarung, die die Gesundheitsversorgung in der DDR sicherstellt und die Einführung der Niederlassungsfreiheit für Ärzte.

Besondere Berücksichtigung erfährt die Versorgung behinderter Menschen mit finanziellen und technischen Mitteln.

7. Rentner und die Renten werden besonders gesichert. Wir streben eine sofortige Anhebung der Renten an. Durch die Einführung der dynamischen Rente wollen wir die Renten an den wirtschaftlichen Fortschritt koppeln.

8. Gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland wollen wir ein Sofortprogramm für die Umwelt und eine sichere Energieversorgung verwirklichen.
Dazu gehören unter anderem:

- Ein zeitlich gestaffeltes Stillegungs- und Sanierungsprogramm für industrielle Altanlagen. Das betrifft z. B. Anlagen der Karbochemie und einen Teil der Anlagen der Energiewirtschaft. Vor einer Stillegung oder Sanierung ist in jedem Fall eine Konzeption zur sozialen Absicherung der betroffenen Arbeitnehmer vorzulegen.
- Energie- und Produktionsanlagen, deren Weiterbetrieb aufgrund ihres technischen Zustands für die nächsten Jahre möglich ist, sind umweltgerecht nachzurüsten. Dazu gehört insbesondere die Entstaubung, Entschwefelung und Entstickung von Kraftwerken, die Abluft-, Abwasser- und Abfallentsorgung von Industrieanlagen entsprechend den Europäischen Normen bzw. der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft, dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abwasserabgabengesetz und der Großfeuerungsanlagenverordnung der Bundesrepublik Deutschland.
- Für industrielle Neuanlagen sollen die strengen Genehmigungsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland sofort gelten.
- In einem Stufenplan werden alle bestehenden Kraftwerke den entsprechenden Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland angeglichen. Der Anteil von Braunkohle als Energieträger wird sofort durch eine Steigerung des Einsatzes von Steinkohle, Erdgas und Erdöl sowie durch den Einsatz moderner Energietechnik zurückgeführt.

9. Wir brauchen die Vereinheitlichung des Rechts mit der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehört die sofortige Abschaffung des politischen Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts sowie der Aufbau eines geordneten Rechts- und Instanzenwegs, freie Rechtspflege und Verteidigung. Wir wollen eine vollständige Aufdeckung der Tätigkeit des Stasi und seine endgültige Auflösung. Rechtsstaatlichkeit ist für uns die Leitidee für die Bewältigung der Vergangenheit.

10. Wir werden umgehend ein Register aller Kulturdenkmäler erstellen und in besonders dringenden Fällen unbürokratisch renovieren und modernisieren. Privates Engagement für den Denkmalschutz soll gefördert werden. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen für private Erhaltungs-, Modernisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen sofort schaffen.

11. Im Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Länder wird eine Bildungsreform durchgeführt: Der kulturpolitische Zentralismus wird abgeschafft. Kultur-, Schul- und Bildungspolitik sind zuvörderst Aufgabe der Länder.

Wir wollen ein starkes Mitwirkungsrecht der Eltern. Sie sind in erster Linie zuständig für die Erziehung der Kinder. Deshalb sollen sie entscheiden können, in welche Schule ihre Kinder gehen sollen. Wir wollen nicht die Einheitsschule, sondern ein differenziertes Schulsystem, in dem auch Privatschulen ihren angemessenen Platz haben. Für den Bildungsweg werden in Zukunft nur noch Begabung und Fähigkeiten des einzelnen Schülers und nicht mehr seine Weltanschauung eine Rolle spielen.

12. Vom 1. 4. 1990 an gilt auch auf dem Gebiet der DDR die uneingeschränkte Pressefreiheit. Ein Organ der freiwilligen Selbstkontrolle (vergleichbar dem Presserat der Bundesrepublik Deutschland) sorgt für die Einhaltung der allgemeinen gesetzlichen Regelungen und des Schutzes von Persönlichkeitsrechten.

ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND

DA DSU CDU